



Die Marionette macht sich los

Editorial

Liebe Leserschaft!

Die Zeit der mundtoten Studierendenschaft nähert sich ihrem Ende. Die Zeit, in der der AstA nur eine Marionette war, die lediglich über sportliche, musische und kulturelle Dinge entscheiden durfte, ist bald vorbei, sofern die Politiker ihr Versprechen halten und nicht alles beim Alten bleibt - nur unter neuem Namen.

Aber wie soll das neue Modell aussehen? Soll das u-Modell in den Grundzügen beibehalten werden oder lieber das System der meisten anderen Hochschulen mit



einem Studierendenparlament übernommen werden?

„Hochschulwechsel leichtgemacht“ und „Masterplätze, für alle, die sich höher qualifizieren wollen“ waren zwei große Losungen der Bachelorreform. In der Realität sieht es leider ganz anders aus und ein Umzug von Berlin nach Freiburg wird zu Odyssee auf dem Meer der Bürokratie. Ach ja, und wer glaubt, dass es genug Masterplätze für alle Studenten mit Ambitionen gibt, lebt vielleicht doch auf einem anderen Stern.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Rose

Inhalt #818

Thema: Verfasste Studierendenschaft

Änderungen der Rot-Grünen Regierung	S. 3
Studierende aller (Bundes-) Länder, verfasst euch!	S. 4
Politikwechsel fordern und aktiv mitgestalten	S. 6
Leserbrief: Einfach nur Mülltrennung	S. 8

Bolognarealität

Odyssee im Bolognakosmos	S. 9
Der B.A. ist nicht genug	S. 10

Aus aller Welt

Kubb, der schwedische Wurfssport, erobert Freiburg	S. 13
Von Darmbakterien und Tiefkühlcontainern	S. 14
Rätsel	S. 14

we are u

Service und Termine	S. 15
stud.live	S. 16

Warum geschlechtsneutral?

Der u-asta tritt ausdrücklich für die konsequente Verwendung geschlechtsneutraler Formulierungen ein (z.B. das „große I“). Wir sehen dies als unverzichtbares, wenn auch nicht hinreichendes Mittel, um die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft zu erreichen. AutorInnen, die von einer entsprechenden Schreibweise abweichen, sind dafür ausschließlich selbst verantwortlich.

Planwirtschaft

Wenn ein CSU-Generalsekretär baden-württembergische Unternehmen zur Übersiedlung nach Bayern auffordert und den zukünftigen Ministerpräsidenten als eine Fehlbesetzung bezeichnet, beginnt man sich doch zu fragen, ob das gerade wirklich eine Nachrichtenmeldung war oder ob sich der Sender des SWR wieder einmal eine neue Comedyserie ausgedacht hat. Aber wenn darauf folgt, dass man bei Kretschmann „eher an Bastel-Garage als an Zukunftswerkstatt“ denkt, kann man eigentlich nur den Kopf schütteln. Nur war das ja noch nicht alles, was im Interview des Hamburger Abendblatts mit eben diesem Generalsekretär stand, er bezeichnete die Grünen als den „politischen Arm von Krawallmachern, Steinewerfern und Brandstiftern.“ Lange nicht mehr so gelacht?! Es wird noch besser! Baden-Württemberg bekommt eine Planwirtschaft: Grün-Rot wird jedes Unternehmen damit verprellen. Aber dann kommt der Generalsekretär auch nicht mehr hier her, denn „was man bisher hört, lässt Düsteres erahnen. Der Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg ist ein Dokument ideologischer Verblendung.“ Davon sollte sich dann doch lieber jeder selbst ein Bild machen, vielleicht können wir im Folgenden auch etwas dazu beitragen. Aber wie auch immer, Lachen soll ja bekanntlich gesund sein.

Rebekka Bohrer

Neues Spiel, neues Glück

Welche Veränderungen bringt die neue Regierung?

Im vorletzten Winter schwappte eine studentische Protestwelle aus Österreich nach Deutschland. In Freiburg besetzten Studierende für zwei Monate das Audimax, um ihre Forderungen nach einem freien und gerechten Bildungssystem zum Ausdruck zu bringen. Viel schien verlorene Liebesmüh, wurde Baden-Württemberg von einer Schwarz-Gelben Regierung regiert, die Hochschulen wie Unternehmen regiert sehen wollten. Probleme bei der Einführung der modularisierten Studiengänge, wie eine zu hohe Prüfungsdichte oder unnötiger bürokratischer Aufwand wurden abgeblockt, war die erfolgreiche Reform doch beschlossen. Die neue Grün-Rote Landesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag auf mehrere Punkte geeinigt, die einen Bruch zur vorherigen Landesregierung darstellen.

Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft

Seit 1977 dürfen sich die Asten nur noch zu musischen, sportlichen und kulturellen Belangen äußern. Politische Äußerungen sind verboten, zielte die damalige Landesregierung doch darauf ab, den „terroristischen Sumpf“ in den Universitäten trockenzulegen. Äußerungen zu Studiengebühren, zur Bolognaform und zur Reform des Lehramts sind nicht erwünscht. Die neue Landesregierung hat sich darauf geeinigt eine Verfasste Studierendenschaft mit Finanzhoheit einzuführen. Der u-asta wird damit abgeschafft. Ob die Asten mit einem allgemeinpolitischen oder einem rein hochschulpolitischen Mandat ausgestattet werden, steht noch nicht

fest. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass innerhalb von zwei Jahren eine Urabstimmung über die Satzung stattfinden soll.

Abschaffung der Studiengebühren

Die Studiengebühren sollen zum Sommersemester 2012 abgeschafft werden. Die neue Landesregierung verspricht den Hochschulen die fehlenden Mittel komplett zu erstatten. Momentan werden die Studiengebühren vom Rektorat verteilt, da nur das „Benehmen“ der Studierenden in Form einer Stellungnahme hergestellt werden muss. Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Studierenden künftig „auf Augenhöhe“ an der Verteilung der Kompensationsmittel mitwirken sollen. Wie dies konkret aussehen soll, wird aus dem Koalitionsvertrag nicht deutlich. Mit Abschaffung der Studiengebühren in Hessen, dem Saarland, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg werden nur noch Studierende in Niedersachsen und Bayern zur Kasse gebeten.

Die Landesregierung verspricht den Hochschulen angesichts der doppelten Abiturjahrgänge Mittel aus dem bereits bestehenden Programm „Hochschule 2012“ schneller auszuzahlen. Weitere Maßnahmen werden unverbindlich in Aussicht gestellt, konkrete Aussagen werden aber im Koalitionsvertrag vermieden.

Bologna

Grün-Rot hat Probleme bei der Einführung der modularisierten Studien-

gänge erkannt. Studierende sollen von zu vielen Prüfungen zu Semesterende entlastet und Studienleistungen leichter angerechnet werden. Zusätzlich sollen mehr Studienplätze im Master zur Verfügung gestellt werden. Es bleibt offen, in welchen Bereichen die Masterplätze ausgebaut werden sollen.

Unternehmerische Hochschule?

Die Landesregierung verabschiedet sich vom Ideal der „unternehmerischen Hochschule“. Der Freiburger Universitätsrat wird als Aufsichtsgremium abgeschafft und durch externe Beiräte ersetzt. Dieses Gremium soll die Hochschulen nur „beratend begleiten“ und trifft keine Grundsatzbeschlüsse wie der bisherige Universitätsrat. Nicht deutlich ist, wer als Beirat gewählt wird und mit welchen Kompetenzen der Beirat ausgestattet werden soll.

Gleiche Chance für alle

Die Landesregierung zielt darauf ab, den Hochschulzugang für alle zu ermöglichen. Aus diesem Grund will sie bisher benachteiligte Gruppen wie Kindern aus einkommensschwachen Familien oder mit Migrationshintergrund einen leichteren Hochschulzugang ermöglichen. Mittelfristig wird ein Frauenanteil von 40% in allen Hochschulgremien vorgesehen.

Welche Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden, wird sich vor allen an der Finanzierungsfrage entscheiden. Die Verfasste Studierendenschaft wird kommen, ist deren Einführung doch nicht mit Zusatzkosten für den Landeshaushalt verbunden. Auch die Zusagen für die Abschaffung der Studiengebühren sind relativ konkret. Offen bleibt, ob die Ersatzmittel tatsächlich die Studiengebühren komplett kompensieren und wie diese verteilt werden.



Uwe Ehrhardt

Studierende aller (Bundes-) Länder

Die Debatte über die Satzung der Verfassten Studierendenschaft

Wir wollen den Studierenden wieder eine organisierte Stimme in den Hochschulen geben. Dafür werden wir eine demokratisch legitimierte, autonom handelnde und mit eigener Finanzhoheit ausgestattete Verfasste Studierendenschaft einrichten, die auch über die Belange der Hochschule hinaus mit einem entsprechenden Mandat an der gesellschaftlichen Willensbildung teilnimmt.“ So steht es im grün-roten Koalitionsvertrag. Damit geht nach über 30 Jahren eine Phase der Entmündigung von Baden-Württembergs Studierenden zu Ende.

1977 hatte die damalige Filbinger-Regierung die Studierendenvertretungen als „Sympathisantensumpf des Terrorismus“ abgeschafft. Der offizielle AstA darf sich seitdem nicht (hochschul-)politisch äußern, hat keine Satzungs- und Finanzhoheit. Das soll sich jetzt ändern. Ein Gesetzesentwurf, den SPD und Grüne schon in der letzten Legislaturperiode einreichen, wird wahrscheinlich in den nächsten Monaten den Landtag passieren. Demnach haben die Studierenden zwei Jahre Zeit, um sich in einer Urabstimmung eine Satzung zu geben.

Die nächsten Monate sollten daher von einer breiten Debatte über die Satzung der VS geprägt sein. Insbesondere die Struktur dürfte zum Streitgegenstand werden. Während in anderen Bundesländern nämlich die Struktur der VS weitgehend durch das Landeshochschulgesetz vorgegeben ist, lässt der baden-württembergische Gesetzesentwurf dies offen. Zur Wahl stehen bei grober Unterscheidung zwei Modelle: Ein parlamentarisches und ein räte- oder basisdemokratisches.

Alle Macht den Räten

Rätedemokratisch sind beispielsweise Studierendenvertretungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen organisiert. Auch das derzeitige u-Modell in Freiburg entspricht diesem. In rätedemokratischen Modellen setzt sich das höchste beschlussfassende Gremium der Studierendenschaft aus Delegierten der Fachschaften zusammen. Diese unterliegen einem imperativen Mandat. Das heißt, sie vertreten nicht ihre eigene Meinung, sondern sind an die Beschlüsse der Fachschaften gebunden. Unterschiedliche Konzeptionen gibt es

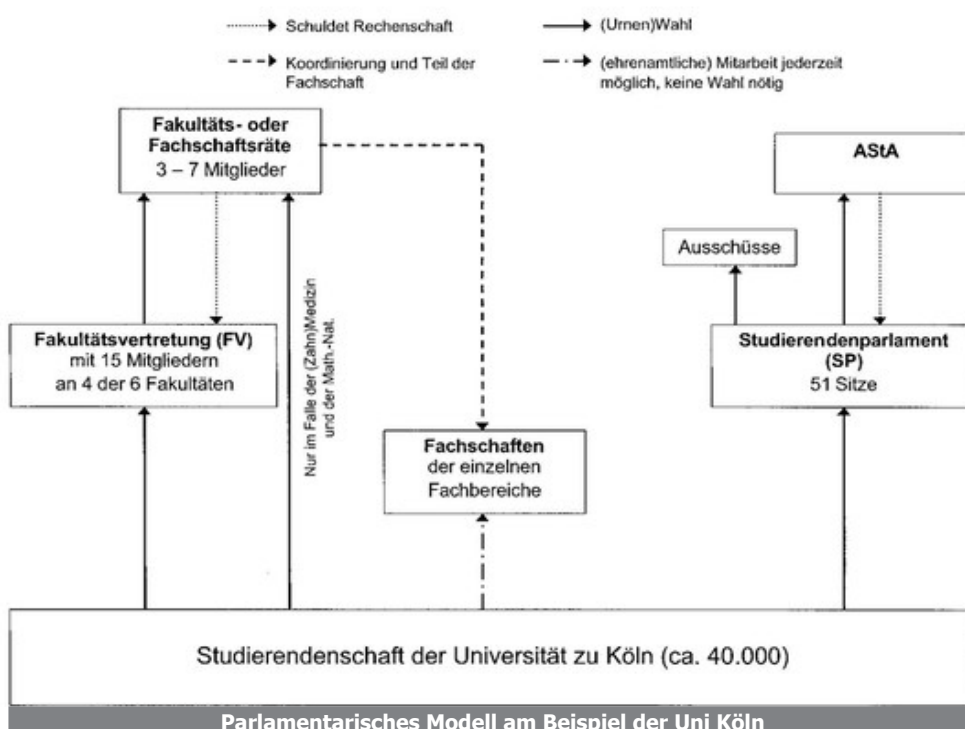
unter anderem bezüglich der Stimmverteilung: Sollen große Fachschaften wie die juristische mehr Stimmen haben als kleine Fachschaften? Oder sollen alle Fachschaften gleichermaßen stimmberechtigt sein? Denkbar wäre auch ein Kompromiss in Form einer degressiven Proportionalität: Große Fachschaften entsendeten mehr Delegierte als kleine, aber nicht so viele, wie ihnen nach einer strengen Proportionalität zuständen.

Für eine Rätedemokratie spricht, dass alle Entscheidungen auf die Basis zurückgeführt werden: Demokratie ist zumindest dann nicht mehr eine „Diktatur auf Zeit“, wenn die Entscheidungsbefugten jederzeit abberufen werden können.

Fraglich ist jedoch, ob die Fachschaften immer zu einheitlichen Positionen finden. Dies setzt einen rationalen, herrschaftsfreien Diskurs voraus, in dem sich das bessere Argument im Interesse der jeweiligen Studierenden durchsetzt. Gelingt dies nicht, besteht die Gefahr, dass Mindermeinungen innerhalb einer Fachschaft auf Universitätsebene nicht zum Tragen kommen. Möglich sind in solchen Streitfällen natürlich auch Enthaltungen

oder – bei mehreren Delegierten – Stimmensplitting. Parlamentarischen Fraktionen wohnt hingegen von Anfang an eine gewisse inhaltliche Homogenität inne, was zwar die Repräsentation von Meinungen auf Universitätsebene fördern kann aber den Diskurs an der Basis schwächt.

Eine mit diesem Problem verbundene Frage stellt sich in Bezug auf die Zusammensetzung der Fachschaften. Während die Fachschaften („Fachschaftsräte“) in Leipzig beispielsweise gewählt werden (kooptierte Mitglieder haben kein Stimmrecht), ist beim derzeitigen Freiburger u-Modell jeder stimmberechtigt, der oder



Länder, Verfasst euch!

Studierendenschaft kann nun auch in Baden-Württemberg beginnen

die zu den Sitzungen kommt. Letzteres ist unproblematisch, wenn man von einer Konsensfindung in den Fachschaften ausgeht. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sich die Meinung durchsetzt, die mehr UnterstützerInnen mobilisiert. Studierende, die nicht an den Sitzungen teilnehmen (können), haben nicht die Möglichkeit über Wahlen Einfluss zu nehmen.

„Nur dem Gewissen unterworfen“ - Parlamentarismus

Das Gegenmodell wird in den meisten anderen Bundesländern praktiziert. Das höchste beschlussfassende Gremium ist ein Studierendenparlament (StuPa), das direkt in Form von Listen gewählt wird. Typischerweise setzen sich Studierendenparlamente aus parteinahen und unabhängigen Fraktionen zusammen.

Die Abgeordneten genießen ein freies Mandat, können jedoch einer Fraktionsdisziplin unterliegen.

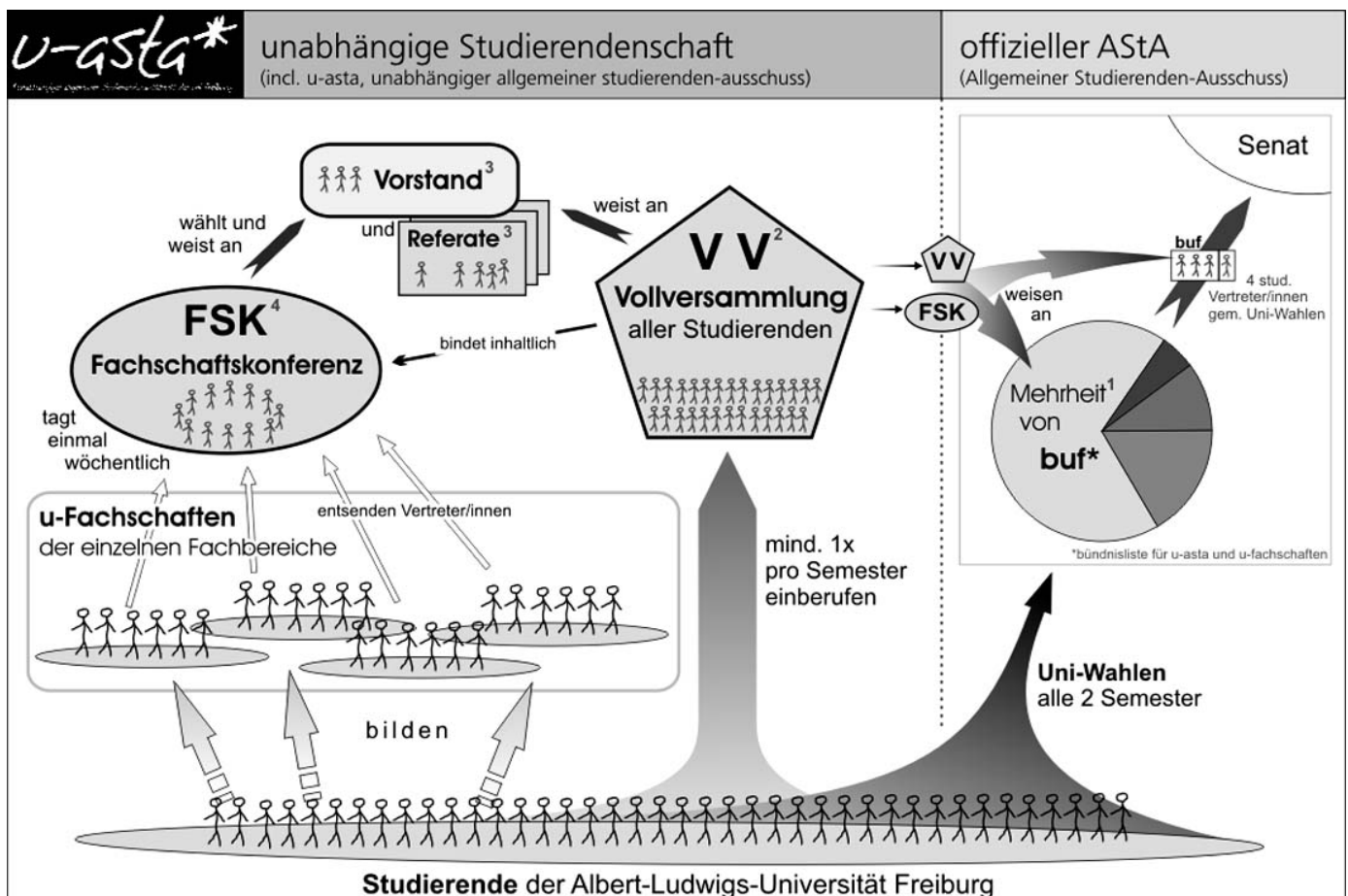
Für das Konzept spricht eine höhere Effizienz: Es ist anstrengend und kostet Zeit, alle Beschlussvorlagen zunächst in den Fachschaften zu diskutieren und zu beschließen, um später auf Universitäts- oder Karrieresprungbrettern angehender

ParteipolitikerInnen.

Denkbar ist auch eine Kombination der beiden Modelle. Entweder in Form von zwei Kammern oder durch ein Gremium, das sich sowohl aus FachschaftsvertreterInnen als auch aus über Listen gewählten Abgeordneten zusammensetzt. Letzteres Modell kommt zum Beispiel im Konvent an der Uni Würzburg zur Anwendung.

Je breiter und intensiver die Debatte geführt wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit ein Modell zu entwickeln, das den Interessen der Studierenden gerecht wird. Ein Arbeitskreis, der Räume für Debatten schaffen will, hat bereits seine Arbeit aufgenommen. Informationen dazu auf www.u-asta.de

David Werdermann



Den Politikwechsel aktiv einführen

Wenn wir einen Wandel wollen, dann sind wir jetzt mit uns selbst

Dass sich mit der neuen Landesregierung bei der Hochschulpolitik einiges ändern wird, behandelte ich bereits im letzten u-boten. Dieses Mal soll es nun darum gehen, inwiefern wir als Studierende für den anstehenden Politikwechsel gefragt sind. Von selbst wird er nämlich nicht kommen.

Bei manchen Punkten wird es ausreichen, der neuen Regierung Impulse für ihre Arbeit zu geben. Bei anderen wird es auch gegenüber Grün-Rot notwendig sein, zuweilen Druck aufzubauen. Denn unser Verständnis von Partizipation, Handlungsfreiheit und sozialer Gerechtigkeit sowie dem Weg dorthin wird nicht zwangsläufig genau gleich mit dem der Regierung sein. Mal ganz abgesehen von über die Bildung hinausgehende Systemfragen, welche Teile der Studierendenschaft stellen.

In jederlei Hinsicht sind wir aufgefordert, Positionen zur Ausgestaltung der vielen anstehenden Veränderungen zu entwickeln und selbstbewusst zu vertreten. Mit welchen Themen wir uns innerhalb der nächsten Jahre besonders auseinandersetzen sollten, möchte ich euch hier näher vorstellen. Zum Teil stelle ich euch dabei bereits existierende Initiativen vor, die auf weitere Aktive warten.

Bologna-Reform

Hier gilt es der neuen Landesregierung klar zu machen, wie wir studieren möchten. Nur wenn wir Zielen wie der Senkung der Prüfungslast oder der Stärkung von Wahlfreiheit und Mobilität ein klares Gesicht geben, wird es hier Initiativen in unserem Sinne geben. Umgedreht hängt hier auch viel davon ab, was wir direkt an unserer Uni anstoßen. Denn die Prüfungsichte hängt vor allem von der Gestaltung unserer Prüfungsordnungen ab. Impulse kann das Land natürlich setzen und dafür sollten wir die Ideen geben. Die „innovativen Konzepte zur Gestaltung der Studieneingangsphase“, welche laut Seite 15 des Koalitionsvertrages angestrebt werden, sollten zum Beispiel von uns mitentworfen werden.

Exzellenz-Initiative

Kritik an der Exzellenz-Initiative lässt sich im Koalitionsvertrag kaum finden. Es entsteht sogar der Eindruck, dass Forschungsk Kooperationen wie das „Karlsruher Institut für Technologie“ ausgeweitet werden sollen. In Anbetracht des dortigen Finanzloches von jährlich über 14 Millionen Euro erscheint dies aber als durchaus fragwürdig. Allgemein betrachtet schwächt die Exzellenz-Initiative des Bundes die Lehre und führt zu einem destruktiven Konkurrenzkampf zwischen den Unis um Forschungsgelder und Prestige. Eine deutliche Kritik dieses Instrumentes ist daher unausweichlich und muss gegenüber der neuen Landesregierung eingefordert werden.

Hochschulfinanzierung und Studiengebühren

Bei der Finanzierung des Hochschulwesens in BaWü deuten sich sehr positive Veränderungen an. Die neue Landesregierung vertritt sehr deutlich die Intention den Hochschulen eine ausreichende Grundfinanzierung zu geben. Der Trend zur Privatisierung der Hochschulfinanzierung wird umgekehrt. Doch es wird sich zeigen müssen, in welchem Umfang die neue Regierung die chronische Unterfinanzierung der letzten Jahre tatsächlich angehen möchte. Mit Studiengebühren wurden in den letzten Jahren notdürftig die Löcher an den Hochschulen gestopft. Jene Finanzlücken müssen nun endlich mit öffentlichen Geldern geschlossen werden. Daher sollten wir kritisch prüfen, wie die zukünftige Hochschulfinanzierung ohne Studiengebühren aufgestellt sein wird. Denn eine reine Kompensation des Studiengebührenwegfalls würde definitiv zu kurz greifen. Um solche Szenarien zu umgehen, dürfen wir die Neugestaltung der Hochschulfinanzierung nicht einfach den Ministerien und Rektoraten überlassen.

Generell dürfen wir nicht vergessen, dass es eine „Entökonomisierung“ der Bildung nur geben wird, wenn wir darauf immer wieder hinweisen. Denn zu schnell

erliegt dann doch ein Finanzminister der Versuchung, die Unis zum Einwerben von Drittmitteln zu zwingen. Auch muss uns klar sein, dass unsere neue Wissenschaftsministerin Theresia Bauer eine Studiengebührenbefürworterin ist. Die Abschaffung wird kommen. Doch wie schnell und konsequent diese umgesetzt werden wird, hängt auch von unserer Einflussnahme ab. Gerade auch weil mit Gebühren für ein Zweitstudium zu rechnen ist.

Mitbestimmung

Ein zentrales Schlagwort im Koalitionsvertrag der neuen Regierung ist „Partizipation“. Zusätzlich zu einem dadurch generell neuen Verständnis der Hochschulgestaltung kommen damit auch ganz konkrete Änderungen auf uns zu. Abgesehen von der Einführung der Verfassten Studierendenschaft betrifft dies zwei Punkte: Zum einen die Umwandlung des Uni-Rates in ein rein beratendes Gremium und zum anderen die Vorgabe, dass die Studierenden über die Verwendung der Kompensationsmittel für die wegfallenden Studiengebühren „auf Augenhöhe“ mitbestimmen sollen.

Die „Entmachtung“ des Uni-Rates müssen wir als Studierende vorantreiben, damit dieser sich nicht unnötig verzögert. So schnell wie möglich sollte der Senat, in dem alle universitären Gruppen vertreten sind, wieder zum zentralen Entscheidungsorgan werden. Gleichzeitig sollten wir uns dafür einsetzen, dass aus Transparenzgründen auch in einem Uni-Rat ohne Entscheidungskompetenz Studierende vertreten sein sollten.

Bei der Einrichtung einer Mitbestimmung „auf Augenhöhe“ bei den Kompensationsmitteln wird es nicht nur um Einflussnahme, sondern auch um die Entwicklung von Konzeptvorschlägen gehen. Fakt ist, dass Zustände wie zuletzt im 12er-Rat zukünftig der Vergangenheit angehören werden.

Was aber Mitbestimmung „auf Augenhöhe“ genau ist, müssen wir als Studierenden

fordern und mitgestalten

unsere Ideen und auch weiterhin unserer Kritik gefragt

de gegenüber dem Rektorat bzw. auch der Landesregierung definieren.

Lehramtsreform

Vor fast einem Jahr wurden die neuen, modularisierten Studiengänge im Lehramt eingeführt. Da aktuell beim Lehramt der Kurs der Vorgängerregierung fortgeführt wird, ist es ungemein wichtig, die Kritik an dieser Lehramtsreform aufrechtzuerhalten.

Um konstruktiv auf eine Verbesserung der Situation hinzuwirken, möchte das Lehramtsreferat des u-asta weiterhin gemeinsam mit den Fachschaften Ideen erarbeiten, die mit den verantwortlichen Personen besprochen werden sollen. Das gilt besonders für die fächerübergreifenden Elemente, schwerpunktmäßig das Modul „Personale Kompetenz“, dessen Umsetzung noch sehr zu wünschen übrig lässt. Gleichzeitig sollten wir der Landesregierung unsere Vorstellung vom „idealen“ Lehramtsstudium vermitteln. Der Arbeitskreis Lehramt der LandesAstenKonferenz (LAK) arbeitet derzeit genau in diese Richtung. Konkrete Positionierungen sind außerdem bei den Themen „Bachelor-Master-Studium fürs Lehramt?“ und „Kooperation Uni-PH?“ gefragt.

Wenn ihr beim Lehramtsreferat bzw. dem Arbeitskreis Lehramt der LAK mitarbeiten möchtet, meldet euch einfach unter ak-lehramt@u-asta.uni-freiburg.de. Gerne könnt ihr auch direkt beim regelmäßigen Treffen des Lehramtsreferates donnerstags um 14 Uhr im u-asta vorbeikommen. Bereits am 10./11.6. findet das nächste Treffen des AK Lehramt der LAK in Karlsruhe statt.

Verfasste Studierendenschaft (VS)

Ein herausragendes Thema in Sachen Mitbestimmung ist die Einführung der VS. Hier sind wir als Ideengeber ganz

besonders gefragt. Es ist damit zu rechnen, dass in BaWü Ende des Jahres die VS wieder eingeführt wird. Das damit verbundene Gesetz wird demjenigen, welches bereits im Dezember 2010 von Grünen und SPD in den Landtag eingebracht wurde, ähneln. Ziemlich sicher ist, dass wir eine VS mit Finanzautonomie, Satzungshoheit und politischer Handlungsfähigkeit erhalten werden. Aktuell wird besonders über die LAK Einfluss auf die Ausarbeitung des definitiven Gesetzentwurf genommen. Doch es gibt zusätzlich noch eine weitere Ebene, bei der wir als Studierende jetzt gefragt sind. Da wir die Satzung unserer zukünftigen Studierendenvertretung selbst bestimmen können, liegt es nun an uns, verschiedene Modelle auszuarbeiten und am Ende zur Abstimmung zu stellen. Bereits jetzt findet alle zwei Wochen ein Treffen zur Gestaltung der VS-Einführung statt.



David, Thomas und Vincent – Der u-asta-Vorstand

Als u-asta-Vorstand möchten wir diesen Prozess so offen und partizipativ wie möglich gestalten. Gleichzeitig ist es sehr wichtig, dass sich dann auch tatsächlich möglichst viele Studierende in die VS-Einführung einbringen. Denn die VS soll nicht nur kommen, sondern sie soll auch „unsere VS“ sein. Was sich auf dem Weg hin zur VS noch alles tun wird, erfahrt ihr immer aktuell auf der Website des u-asta.

Dort findet ihr auch alle Protokolle der bereits stattfindenden Treffen zur Gestaltung der VS-Einführung. Das nächste Treffen ist für den 22.06. geplant. Erneut seid ihr alle eingeladen, euch mit

Ideen zur VS-Einführung in das Treffen einzubringen. Dabei ist es ganz egal, ob ihr schon Erfahrungen mit dem Thema habt oder nicht. Denn die erste halbe Stunde von jedem Treffen ist allein dazu gedacht, eine Einführung zur VS zu geben und Fragen zu klären.

Es liegt in unserer Hand ...

Wie ihr gesehen habt, steht uns in der Hochschulpolitik selbst mit der neuen Landesregierung eine herausfordernde Zeit bevor. Eine, wo es auch weiterhin darauf ankommt, die Bildungspolitik kritisch zu begleiten. Dennoch sind wir als Studierende nun viel eher diejenigen, welche Impulse setzen können, statt mit unseren Ideen permanent bei der Landesregierung gegen die Wand zu rennen. Umso wichtiger ist es nun, dass sich alle Studierenden mit in die Hochschul- bzw. Bildungspolitik einbringen.

Dies kann über die bereits bestehenden und oben vorgestellten Arbeitskreise und Treffen geschehen. Dazu können und sollten aber noch viele weitere Initiativen gestartet werden. Ob nun durch die Reaktivierung des Referats Studienreformkritik oder einen Antrag in der Fachschaftenkonferenz zur Abschaffung des Uni-Rats, es gibt unzählige Möglichkeiten, um jetzt an den kommenden Veränderungen mitzuwirken.

Die Chance einer völlig neuen politischen Situation will in jedem Fall genutzt werden. Lasst uns den anstehenden Wandel mitgestalten. Auf unsere Ideen kommt es jetzt an!

Nähere Infos dazu, was all dies genau bedeutet, erfahrt ihr unter <http://www.u-asta.uni-freiburg.de/politik/vs>

David Koch

Offenes Treffen zur Einführung der Verfassten Studierendenschaft (VS) – Eure Mitarbeit ist gefragt

Am 16.05. und 30.05. gab es erste Treffen, um sich über den Weg hin zur VS-Einführung Gedanken zu machen. Zu Anfang wurden zentrale Etappen hin zur VS gesammelt und zeitlich eingeordnet. Unter anderem ist angedacht, Workshops und Diskussionsveranstaltungen über die Aufgaben und mögliche Modelle der Verfassten Studierendenschaft zu veranstalten. Als Zeitpunkt für die Urabstimmung über unser zukünftiges Modell der Studierendenvertretung hat man sich vorläufig auf das Wintersemester 2012 geeinigt. Auch wurde bereits vertiefend an einzelnen Projektideen fürs aktuelle Semester gearbeitet (spezielle Website zur VS-Einführung, Flyer, Einbindung der Fachschaften und die Organisation eines „World Café“). Die Fachschaft Politik möchte innerhalb der nächsten Wochen ein abendliches Grillen mit Raum für Information und Diskussion zur VS anstoßen. Dabei soll es vor allem um den aktuellen Stand der Dinge und die Rolle von Fachschaften in möglichen VS-Modellen gehen. Alle sind eingeladen sich in die Ausarbeitung der verschiedenen Ideen mitzubringen oder noch weitere Projektideen vorzuschlagen. Wenig Ahnung zum Thema „Verfasste Studierendenschaft“ braucht euch nicht von einer Mitarbeit abhalten. Es reicht ein wenig Interesse. Um mehr zum Themenkomplex VS zu erfahren, lohnt es sich auf der u-asta-Website vorbeizuschauen. Sehr gerne könnt ihr aber auch direkt beim VS-Treffen Antworten zu euren Fragen erhalten. Das nächste Treffen zur Gestaltung der VS-Einführung findet am 22.06. um 17:45 Uhr im u-asta statt. Während der ersten halben Stunde gibt es einen Einstieg zum Thema VS und Raum für eure Fragen.

Einfach nur Mülltrennung

Als Reaktion auf den Vorstandsbericht der letzten Ausgabe erreichte uns folgender Leserbrief:

Grün-Rot regiert nun in Baden-Württemberg. Ein Ex-Maoist ist Ministerpräsident. (Im Zentralkomitee sitzt er immer noch. Allerdings in dem der deutschen Katholiken.) Ein Autor des „u-Boten“ (# 817) ist sogar der Meinung, dass „ein grundverschiedenes Hochschulsystem“ drin ist. Man müsse die neue Regierung nur noch ein bisschen „aufmerksam begleiten“. Nun könnte man der Auffassung sein, dass das gar nicht so neu ist, was im Koalitionsvertrag zu lesen ist. (Koalitionsvertrag unter: www.gruene-bw.de) Die 500 Euro Studiengebühren werden abgeschafft. Ob nur für Landeskinder wie in Rheinland-Pfalz bleibt offen. Der Unirat mit Unternehmern soll nur noch beratend tätig werden, bleibt aber bestehen. Ein Master soll „nicht daran scheitern, dass die notwendigen Studienplätze fehlen.“ (ebenda) Das Master-Programm soll „fachspezifisch ausgebaut“ werden. Also die Naturwissenschaften? Es wird sich nicht viel ändern: Studienplätze für alle Studenten, die zum „besten“ Drittel zählen. Der Rest scheitert offensichtlich an Faulheit oder Dummheit. Aber um all das soll es gar nicht gehen. Wenn der besagte Artikel die (Hochschul-) Systemfrage stellt, ist die Frage, welche Funktion den Schulen und Hochschulen in der Gesellschaft zukommt. In dem

Koalitionsvertrag geht es natürlich sehr oft um „Standorte“ und „Wettbewerb“. Der Staat möchte schnell ausgebildete Fachkräfte passend für die jeweilige Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Und diese sollen die Schulen und Hochschulen durch Selektion liefern. Bildung ist keine Ware. Die durch ein Studium erworbene Arbeitskraft schon. Die richtigen Studierenden sollen das richtige studieren. Deshalb wird der Zugang zum Master eingeschränkt und werden „Orchideenfächer“ ausgesetzt. Bildungspolitik kann man nicht können oder nicht können. Die Zurichtung der Individuen für den Arbeitsmarkt geschieht mit voller Absicht. Das ist eine Aufgabe dieses staatlichen Bildungssystems und keine Frage von Regierungen. Bereits die Bildungsreform der 70er war der einfachen Tatsache geschuldet, dass es einen massiven Mangel an gut ausgebildeten Arbeitskräften gab, zumal in den 60ern nur sehr wenige studierten. Eine CDU-Regierung hätte eine ähnliche Öffnung für Arbeiterkinder durchführen müssen. Dennoch hält sich das Gerücht, es sei ausschließlich um „Gerechtigkeit“ gegangen. Im Grün-Roten Vertrag geht es um „Nachhaltigkeit“ und „Gerechtigkeit“. Die Veränderung des Immergleichen. Heute gibt es zu viele gut ausgebildete Menschen, die aus staatlicher Sicht viel zu

lange und auch noch das Falsche studiert haben. Auch ein nicht allzu kritischer Geist sollte daran ablesen können, dass es der Arbeitsmarkt und kein wie auch immer geartetes Bildungsideal ist, welche staatliche Bildungspolitik bestimmt, ob grün-rot oder nicht. Die anstehende ökologische Modernisierung des Kapitalismus wird durch den massiven Zuspänspruch zu den Grünen gesellschaftlich geschmiert. Der grüne Ministerpräsident ist nach seinen Erfahrungen im Kommunistischen Bund Westdeutschland bestimmt der letzte, der ein umfassendes Studium mit Blick über dem Tellerrand verurteilt. Wie schrieb die FAZ am 19. Juni 2009: „Für Studenten heißt die neue Bologna-Wirklichkeit: Zielstrebigkeit ohne Umwege und Sackgassen. Neugier, Erkenntnisinteresse, selbständiges Denken – also alles, was höhere Bildung ausmacht – bleiben auf der Strecke.“ Was Grün-Rot will, genauso wie Schwarz-Gelb, sind unkritische kritische Studenten, die sich durch ihr selbständiges, gemeinwohlorientiertes Denken als zukünftige Ressourcenverwalter empfehlen. Demnach bleibt die Empfehlung mit dem Studieren aufzuhören und mit dem Denken ernst zu machen richtig.

Magnus Engenhorst

Odyssee im Bolognakosmos

Ein Uniwechsel mit kafkaesken Zügen

Mit Kafka konnte ich nie viel anfangen. Ich fand seine Romane zu surreal, zu weit ab der Wirklichkeit. Dann wechselte ich die Uni. Und alles änderte sich. Kafka schien mir plötzlich wie eine Offenbarung und Protagonist Josef K. aus „Der Prozess“ der einzige Mensch zu sein, der mich wirklich verstand. Warum? Weil auch er unterging in einem Apparat aus wahn- und unsinnig scheinender Bürokratie.

Wie es zu diesem kafkaesken Lebenswandel gekommen war, ist einfach zu berichten. Zum Wintersemester hatte ich nach einigem Hin und Her das Studium in meiner Heimatstadt Berlin begonnen. Nun wollte ich nach einem Semester

nach Freiburg wechseln. Als ich mich über die Möglichkeiten eines Uniwechsels im Bachelorsystem informierte, las ich auf der Homepage des Ministeriums für Bildung und Forschung unter einer Reihe von Punkten auch Folgende: *„Transparenz über Studieninhalte durch Kreditpunkte, Anerkennung von Abschlüssen und Studienabschnitten und Verbesserung der Mobilität von Studierenden und wissenschaftlichem Personal.“*

Prima Sache, dachte ich. Ich war zwar wegen einer Hospitanz im ersten Semester nicht oft an der Uni gewesen, aber das würde ich schon nachholen können. Doch die deutsche Hochschulverwaltung sorgte in den nächsten Monaten

dafür, meine glückliche Naivität in eine abgebrühte Resignation umzuwandeln. Anders als bei Platon wurde ich nicht als Unerleuchtete aus meiner dunklen Höhle in die strahlende Wirklichkeit der inneruniversitären Strukturen entführt. Ich kam in die Hölle der deutschen Verwaltung, in das unüberschaubare Labyrinth von Anerkennungen, Prüfungsämtern, Fakultäten und Studienbüros. Der gesamte Apparat drohte mich wie Kafkas Josef K. zu verschlucken.

Die Digestion meiner Wenigkeit durch den Verwaltungsapparat vollzog sich in mehreren Stufen.

Stufe eins beinhaltete die Aneignung und Sichtung des Stoffes. Ich hatte keine Ahnung, was für Anforderungen ich für einen Hochschulwechsel zu erfüllen hatte. Die Online-Bewerbung der Uni Freiburg gab wenig her. Die zentrale Studienberatung verwies mich an die jeweiligen Fachberater der Fakultäten, die mich wiederum – als ich sie nach geraumer Zeit erreicht hatte – an das Prüfungsamt weiterleiteten. Außer diesem schien es keine Institution zu geben, die sich mit dem Thema Hochschulwechsel im Bachelor wirklich auskannte. Eine räumliche Distanz von 800 km machte die Sache nicht gerade einfacher.

Nachdem ich tatsächlich mehrere Tage lang im Freiburger Prüfungsamt Sturm geklingelt hatte (ich hatte mir meinen Tagesablauf versucht so einzustellen, dass ich möglichst zu verschiedenen Zeiten am Telefon hängen konnte), bekam ich eines frühen Morgens eine ernüchternde Antwort auf meine Fragen. Wiederum schien Kafka mich förmlich anzulachen. Damit begann die zweite Stufe, das wissende und besorgte Abwarten. Das, was mir das Prüfungsamt auf einfühlsamste Weise mitgeteilt hatte, schien einen Hochschulwechsel abartig unmöglich zu machen.

Als Hochschulwechsler muss man in ein bestimmtes Fachsemester eingestuft werden. Das vollzieht an fast allen Hochschulen das Prüfungsamt der jeweiligen



„Wieso geht das jetzt nicht?“

Fächer, die man studiert. Eine Einstufung in ein Fachsemester kann vom Prüfungsamt jedoch nur vorgenommen werden, wenn ihnen genau vorliegt, welche Studienleistungen und ECTS-Punkte dem Studenten von seiner alten Hochschule an der neuen Hochschule anerkannt werden, und da beginnen auch schon die Probleme.

Ich begann die jeweiligen Studienverlaufspläne der Unis auswendig zu lernen und erkannte, dass im ersten Semester zu meinem Erstaunen so gut wie keine Übereinstimmung in den Pflichtveranstaltungen herrschte. Bologna und eine damit einhergehende Transparenz und Vergleichbarkeit der Studienleistungen schien hier völlig vergessen worden zu sein.

Trotzdem erhielt ich Anfang Februar meinen Zulassungsbescheid zum zweiten Fachsemester unter der Voraussetzung, Anerkennungsbescheide zu erbringen. Das an sich hörte sich weniger dramatisch an als das, was mir das freundliche Prüfungsamt gesagt hatte. „Anerkennungsbescheide“ hieß nur, dass die jeweiligen Fachberater meine bisher erbrachten Leistungen prüfen und anerkennen oder nicht anerkennen würden.

Doch das, was auf dem Zulassungsbescheid schwarz auf weiß gedruckt war, dieser einzige, zweizeilige Satz, zog einen langen Rattenschwanz hinterher. Es war nämlich doch so, wie es mir das Prüfungsamt mitgeteilt hatte: Erst würden meine Leistungen von den Fachberatern der jeweiligen Fachbereiche auf Inhalt geprüft werden, die dann eine Empfehlung zur Einstufung geben und diese wiederum an die unabhängige Prüfungskommission weiterleiten würden. Diese würde dann über mich entscheiden. Gelinde gesagt kam ich mir vor wie bei der Einwanderungsbehörde. Vielleicht hätte ich 500 Fakten über die Geschichte der Uni Freiburg auswendig lernen sollen und diese bei Bedarf der Prüfungskommission unter die Nase reiben, um herauszustellen, wie sehr ich das wirklich wollte. Aber nein, es war ja eine unabhängige Kommission.

Stufe zwei begann. Ich begann, in Aktion zu treten und in die inneren Verstrickungen des universitären Verwaltungsapparates einzudringen. Die Zeit bis zum Ende der Immatrikulationsfrist wurde



Verzweifelt wie Josef K.

allmählich knapp. Ich musste ja warten, bis ich endlich alle Prüfungsergebnisse aus Berlin hatte. Anfang März klapperte ich daraufhin in einem kleinen Marathon die Berliner Prüfungsbüros ab, damit sie mir amtliche Modulbescheinigungen über meine Noten und Leistungen ausstellten. Nachdem ich Kommentare gehört hatte wie: „Wat issn ne Modulbescheinigung, Mädchen?“ oder „EHDS-Punkte ham wa hier nich, bei uns sind dit Studienpunkte!“, hoffte ich wirklich, dass die Universitätsangehörigen im sonnigen Süden ein wenig freundlicher auf mich reagieren würden.

Die Modulbescheinigungen schickte ich so schnell wie möglich nach Freiburg und reiste selber mit Sack und Pack hinterher. Meine ersten Tage in der neuen Stadt verbrachte ich damit, völlig entnervt, einigen sehr oder weniger zuvorkommenden Beratern der Fachgebiete vorzutreten und sie – mal sehr, mal weniger erfolgreich – dazu zu überreden, mir meine wenigen Module anzuerkennen.

Die Philosophen waren nett und verplant, die Volkswirte wollten strukturiert und professionell erscheinen, waren aber auch nett und verplant. Mein Mathemo-

dul in VWL wurde mir anfangs nicht anerkannt, weil jemand dachte, ich würde Mathe studieren. In Philosophie durfte ich mich selbst einstufen. Es war alles ein einziges Tollhaus.

Endlich hatte ich nach ganzen 10 Tagen und mehreren schweren und minder schweren Missverständnissen meine Einstufung in das richtige Fachsemester und sah mich dem Ziel so nah, als ich noch einmal ganz an den Start zurückgeworfen wurde. Ich saß zwei Tage vor Ende meiner Immatrikulationsfrist im Studienbüro, um mich endlich einzuschreiben, als mir mitgeteilt wurde, dass eine Einstufung der Fachbereiche nicht ausreichte. Die Prüfungskommission musste ja noch ihre unabhängige Entscheidung nach formalen Gesichtspunkten fällen! Ich versuchte dem Verlangen zu widerstehen, die blöd winkende Keramikmaus mit Herz auf dem Schreibtisch der zuständigen Bearbeiterin im Studienbüro zu zerschlagen. Die anscheinend einzige Person, die meine Formulare bearbeiten konnte, war für zwei Wochen im Urlaub.

„Aber es gibt doch bestimmt eine Vertretung für so einen wichtigen Posten!“ Gab es nicht.

Also wurde meine Immatrikulationsfrist verlängert und mir standen zwei Wochen Studentenleben in einer Studentenstadt ohne den Status eines richtigen Studenten ins Haus. (Ich habe die Zeit genutzt, um diesen Artikel zu verfassen)

Wenn ich ganz ehrlich zu mir sein sollte, war ich mir immer noch nicht ganz sicher, ob man mich nicht auch immer noch ablehnen und wieder wegschicken konnte. Ich hatte inzwischen eine Wohnung im Studentenwohnheim, die ich nur unter der Bedingung meiner Immatrikulation weiter bewohnen durfte; außerdem hatte ich mich an meiner Uni in Berlin exmatrikulieren müssen. Wenn also irgendetwas in diesem undurchsichtigen Prozedere schief laufen würde, saß ich auf der Straße.

Nach zwei Wochen Wartezeit versuchte ich schließlich erneut, mit dem Prüfungsamt in Kontakt zu treten. Die zuständige Person teilte mir auf meine Nachfrage mit, ich solle bis einen Tag vor Ende

meiner verlängerten Immatrikulationsfrist warten. Und so wartete ich weiter. Das neue Semester und die Vorlesungen hatten inzwischen begonnen und ich schleppte mich ohne Uni Card und Matrikelnummer durch die Veranstaltungen. Die erneuerte Immatrikulationsfrist rückte näher und nichts geschah. Ich war kurz davor, durchzudrehen. Dann endlich – Donnerstag Nachmittag – lag ein kleiner weißer Brief in meinem Kasten. War das das finale Resultat dieser Odyssee? Darauf hatte ich vier Monate lang gewartet? Anscheinend ja, denn am nächsten Tag konnte ich mich einschreiben.

Da ich mich so sehr auf das Ziel Einschreibung fixiert hatte, hatte ich das „Danach“ komplett ausgeblendet. War ich erst einmal immatrikuliert, dachte ich, würde es keine Probleme mehr geben und ich würde mich ganz und gar auf mein Studentenleben konzentrieren können. Auch das war ein Fehlschluss. Wer den Bachelor in Regelstudienzeit machen

will, muss entweder Chuck Norris sein oder die Prüfungsordnung auswendig können. Und hier startet Stufe drei, in der ich drohe, vollkommen von der Verwaltung einverleibt zu werden: Das Tragen der Konsequenzen eines Uniwechsels. Ein Beispiel für diese Konsequenzen, mit denen ich immer noch zu kämpfen habe und wohl auch noch eine Weile kämpfen werde, ist nämlich Folgendes: Durch meinen Wechsel gerate ich in Verzug mit der Orientierungsprüfung, die es in Berlin nicht gegeben hat und welche man spätestens nach dem dritten Semester abgelegt haben muss. So werde ich also wieder mit dem mehrköpfigen Monster namens Prüfungsbüro ringen müssen.

Solch ein Lauf durch die Institutionen soll wohl den Charakter festigen. Hoffe ich zumindest. Ansonsten könnte ich auch ein neuer Kafka werden. Stoff dazu hätte ich auf jeden Fall genug.

In diesem Sinne...Fortsetzung folgt.

Judith Hantel

Der B.A. ist nicht genug

Die große Mehrheit der Studierenden will den Master

Bei Richard Wagner ist die Berufswelt noch klar strukturiert. In seiner Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ ist dem Meister- bzw. Neudeutsch: Mastertitel der berufsqualifizierende Bildungsabschluss, der Geselle/ Bachelor als Ausbildungsabschnitt vorgeschaltet. Doch erst der zweite Bildungsabschnitt war das entscheidende Sprungbrett in den Arbeitsmarkt. Eine ganz schön lange Ausbildungszeit, dachten sich die Bildungspolitiker vor gut einem Jahrzehnt, das soll sich ändern: Drei Jahre Studium für die breite Masse, zwei Jahre Vertiefung für solche, die eine akademische Laufbahn einschlagen wollen oder auf die Chefetage abzielen. Doch, o Wunder, den meisten Studierenden sind diese drei Jahre eben nicht genug.

Drei Viertel aller Studierenden wollen ihr Studium nicht mit dem Bachelor-Abschluss beenden, sondern einen Master dranhängen. An den Universitäten sind es sogar bis 87% in der Spitze. Dies geht aus einer Anfang Mai vorgestellten

Studierendenbefragung der HIS (die Hochschul-Informationen-System GmbH, die dem Bund und den Bundesländern gehört) hervor. In Auftrag gegeben wurde die Studie vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die Ergebnisse dienten als Grundlage für eine Konferenz mit Vertretern von Hochschulen, Bundesländern und der Wirtschaft, die darüber beraten sollten, wie die Zukunft des Masters aussehen soll. Thema war eben auch, wie viele Masterplätze für die B.A.-Absolventen eigentlich bereitgestellt werden.

Denn geplant war das alles ganz anders. Als 1999 die Bologneser Bildungslandschaft implementiert wurde, beschlossen die Kultusminister, dass der Bachelor der Regelabschluss sein sollte (für zumindest zwei Drittel der Studierenden) und er direkt für den Arbeitsmarkt qualifiziere. Den Master könne man ja vielleicht dann nach ein paar Jahren Berufserfahrung machen. So weit, so praktisch: Auf diese Weise hätte man

viel mehr Studierende in weniger Zeit mit weniger Kosten durch die Unis schleusen können. Doch bei diesem „Gut-und-günstig“-Konzept hatten die Planer die Rechnung ohne den Wirt (in diesem Falle: die Studierenden) gemacht. Die denken gar nicht daran, sich mit dem Bachelor ins Berufsleben zu stürzen, sondern wollen sich weiterqualifizieren. Zumal die ersten Jahrgänge natürlich alle noch mit parallel fertig werdenden Diplom- und Magisterabsolventen um die Jobs konkurriert hatten. Und ihre Einstellungschancen dadurch zweifelsohne durchaus bescheiden waren.

Dies belegt auch die Studie. Laut HIS ist für 85% der Studierenden der Hauptgrund für das Masterstudium die Verbesserung ihrer Berufschancen. Drei Viertel wollten ihre fachlichen Neigungen vertiefen, Zwei Drittel sehen wenig Chancen am Arbeitsmarkt für B.A.s. Hingegen will nur jeder sechste Bachelorstudierende ausdrücklich keinen Masterstudiengang anschließen, und das in erster Linie aus

finanziellen Gründen: Mehr als die Hälfte von ihnen sagte, sie hätten kein Geld für ein längeres Studium. Der tatsächliche Masterwunsch ist also nochmals höher und wird durch die finanziellen Möglichkeiten gebremst.

Bundesbildungsministerin Anette Schavan ist sich nun nicht sicher, wie die Sache weitergehen soll. „Wie sich die Dinge einpendeln, werden wir in drei bis fünf Jahren wissen, wobei ich nicht davon ausgehe, dass der Anteil der Masterstudienplätze unter 50 Prozent liegen wird“, prognostizierte die CDU-Politikerin in der TAZ. Die Zahl der Masterstudienplätze sei ausreichend; einem noch unveröffentlichten Bericht der Kultusminister zufolge sei ein Viertel der Masterstudiengänge zulassungsbeschränkt – wobei hier nur der Numerus Clausus gezählt wurde, wo hingegen weitere Hürden, unter anderem in Form von Sprachkenntnisnachweisen, bestehen. Laut HIS müssen drei Viertel aller Studierenden bestimmte Zugangsvoraussetzungen für ihren Master erfüllen.

Andere Stimmen sind hingegen der Meinung, ein Bachelor sei durchaus arbeitsmarktqualifizierend. So urteilte der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft Anfang Mai in seiner Studie „Mit dem Bachelor in den Beruf“, einer Studie, die mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln und – Überraschung! – dem HIS und dem Bundesbildungsministerium erstellt wurde. Allerdings räumt auch diese Studie sofort ein, dass nur ein Viertel der Bachelorabsolventen der Universitäten direkt und ohne Master in das Berufsleben einsteige. Anette Schavan wird hier zitiert mit „Insgesamt machen die Ergebnisse der Studie deutlich: Der Bachelor wird immer mehr zur Selbstverständlichkeit“. Der Master allerdings auch! möchte man ihr zurufen. Arend Oetker, Präsident des Stifterverbandes, sagt sogar: „Die Studie lässt den vorsichtigen Schluss zu, dass der Bachelor am Arbeitsmarkt angekommen ist“ – ein Urteil, das außer Acht lässt, dass die Mehrzahl der Studierenden den Bachelor eben nicht als ihren Regelabschluss betrachtet und



Auch ihm der B.A. nicht genug war: Master Yoda

weiterlernt. Eine höhere „Vom-Bachelor-in-den-Arbeitsmarkt“-Quote gibt es bei Fachhochschulen und Berufsakademien, die von einigen Befürwortern des kurzen Studiums gerne in einen Topf geworfen werden. Für viele Studienbereiche wie Geisteswissenschaften ist der Bachelor als Regelabschluss jedoch einfach zu wenig. Fächer wie Medizin oder Jura haben das Bachelor-/ Mastersystem auch deswegen nicht eingeführt. Denn Juristen und Mediziner mit Bachelorabschluss braucht (zumindest hierzulande) einfach niemand (höchstens zum Rosenverteilen auf RTL, wie viele Spötter anmerken). Eine höhere Qualifikation ist zwingend notwendig.

Am 06.05.2011 fand dann die eingangs erwähnte „Zweite Nationale Bologna-Konferenz“ in Berlin statt, mit den Schwerpunkten „Mobilität der Studierenden“ und eben „Übergang vom Bachelor zum Master“. Und zumindest den Worten nach geizten die Redner nicht mit Taten: Die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Margret Wintermantel, sagte: „Alle Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen sollen die Chance auf einen Studienplatz in einem Master-Programm bekommen. Hier ist

die Politik gefordert Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Hochschulen ermöglichen, ausreichend Studienplätze anzubieten.“ Mit den „Rahmenbedingungen“ ist zweifelsohne die finanzielle Ausstattung mitgemeint. Festgelegte Übergangsquoten seien hingegen keine Lösung: „Wir brauchen ein Angebot, welches sich an den Eignungen und Neigungen der Studierenden und den Entwicklungen am Arbeitsmarkt orientiert. Der amtierende Kultusministerkonferenzpräsident Bernd Althusmann forderte für künftige Verhandlungen: „Bei Bedarf müsste zu gegebener Zeit überlegt werden, den Ausbau der Masterstudienplätze in die Verhandlungen zum Hochschulpakt einzubeziehen“. Anette Schavan konstatierte: „Die Entwicklung im Masterbereich werden wir allerdings in den kommenden Semestern weiter verfolgen. Wir müssen darauf achten, dass die neuen Studienplätze, die wir mit dem Hochschulpakt finanzieren, auch in ausreichendem Maße im Masterbereich entstehen.“

Die Sorge, dass es nicht genügend Masterstudienplätze gibt, ist laut Schavan jedoch unbegründet: „Die Zahlen, die die Länder auf der Konferenz vorgelegt haben, deuten vielmehr darauf hin, dass bundesweit kein Mangel an Masterplätzen besteht, wenn die Studierenden flexibel sind. Und was die Zukunft betrifft: Bund und Länder tragen mit dem Hochschulpakt schon jetzt dazu bei, dass die Zahl der Studienplätze insgesamt zunimmt“.

Die neue Hochschulwirklichkeit ist nun, 12 Jahre nach der Reform, allen Plänen der Bildungspolitikern zum Trotz, von der Studiendauer her deutlich mehr Nürnberg als Bologna. Vielleicht keine schlechte Entwicklung, dass die Studierenden eine umfangreichere Hochschulausbildung als von den Politikern erdacht bevorzugen. Denn wie heißt es bei Wagner? „Verachtet mir die Meister nicht/ und ehrt mir ihre Kunst“.

Carl-Leo von Hohenthal

Kaum hat das Sommersemester begonnen, spielen sich immer wieder nachmittags rätselhafte Ereignisse auf der Mensawiese ab: zwei Gruppen von Menschen stehen hinter Reihen von Holzklötzchen und werfen diese konzentriert durch die Luft. Was wie ein Ortstreffen der anonymen Infantilen wirkt, ist in Wahrheit ein schwedisches Wurfspiel, das auch in Deutschland immer mehr Anhänger findet. Kubb (sprich: Küpp), auch „Rasenschach“, „Wikingerschach“, „Bauernkegeln“ oder „Wikingerkegeln“ genannt, ist ein Geschicklichkeitsspiel mit strategischen Elementen aus der Familie der Präzisionssportarten. Symbolisiert wird die Schlacht zweier Heere,



Gut Holz

Kubb, der schwedische Wurfssport, erobert Freiburg

an dessen Ende der Tod eines der beiden das Heer anführenden Könige steht. Wie Schach, nur ohne Würfel, möchte man in Anlehnung an einen großen Sportphilosophen anmerken. Doch das ist nur die theoretische Seite des Spiels. Kubb ist ausgesprochen gesellig, gruppendynamisch, fordernd und packend zugleich – gelernt werden kann es in zehn Minuten, doch wird man in seinem Leben nie die zwei selben Partien Kubb spielen. Wie sehr Kubb inzwischen mainstreamkompatibel geworden ist, zeigt, dass eine stark vereinfachte Version sogar bei „Schlag den Raab“ Einzug gehalten hat. Viele gute Gründe, das Spiel mit den fliegenden Hölzchen näher zu beschreiben.

Kubb ist kurz gesagt ein rundenbasiertes Spiel, bei dem jede der beiden Mannschaften abwechselnd sechs Würfe auf die Hölzer der Gegenmannschaft durchführt. Umgeworfene Hölzer werden nach einem speziellen Schema im Spielfeld neu aufgestellt und erneut umgeworfen. Sind alle dieser „Soldaten“ gefallen, fällt zum Schluss des Spiels der „König“, das große Holz in der Spielfeldmitte, durch den Finalwurf. Fällt er versehentlich jedoch im Spiel, ist das Spiel natürlich ebenfalls beendet, ganz egal, welche Mannschaft zu diesem Zeitpunkt nach Hölzern vorne lag (vergleichbar mit dem versehentlichen Einlochen der schwarzen Kugel beim Billard).

Eine genaue Spielanleitung würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, deshalb sei hier auf die detaillierten Informationen der Schwarmintelligenz unter <http://de.wikipedia.org/wiki/kubb> verwiesen.

Wie bereits erwähnt ist Kubb einerseits eine Präzisionssportart, andererseits ein kompetitiver Mannschaftssport. Ersteres bringt es mit sich, dass die Spielerinnen und Spieler ein ruhiges Händchen und gute Nerven brauchen. Letzteres bewirkt jedoch, dass die gegnerische Mannschaft eben genau dies zu verhindern sucht. Frotzeleien zur taktischen Verwirrung des Gegners sind also durchaus an der Tagesordnung bei einer laufenden Partie, wobei alles stets im Rahmen „Kleine Scherze unter Freunden“ bleibt. Schließlich steht der gemeinsame Spaß am Spiel im Vordergrund, besonders gute Würfe werden auch stets vom sportlichen Gegner gelobt und anerkannt. So auch beim großen Freiburger Turnier Anfang Juli, dem „Histokubb“ auf der Sternwaldwiese (Infos siehe Box), denn bei einem so guten Spiel kann es keine wirklichen Verlierer geben. Und so freut sich bei diesem Turnier regelmäßig die viertplatzierte Mannschaft mehr über ihre goldene Bio-Ananas als so manches besserplatzierte Team.

Carl-Leo von Hohenthal

Wie Schach, nur ohne Würfel: Histokubb 2011

Der Histokubb ist das älteste Freiburger Kubbtturnier und wird, wie der Name schon andeutet, von der Fachschaft Geschichte organisiert, ist aber offen für alle Kubb-Freunde aus Freiburg und der Welt. Am Samstag, den 02.07.2011 ab 11 Uhr werden in der „Kubb-Arena“ auf der Sternwaldwiese in der Wiehre 16 Teams an den Start gehen. Neben packenden Partien gibt es Kennenlern-Kubben für Einsteiger und selbstverständlich Grillmöglichkeiten. Alle Kubb-Spieler und auch solche, die es noch nie gespielt haben, sind herzlich willkommen! Fragen, Infos und Anmeldungen gibt es unter charly@gmx.de, im Blog der Fachschaft Geschichte (www.fsgeschichte.uni-freiburg.de) und im Fachschaftsraum im KG IV, Raum 4044. In letzterem sitzen auch zu beinahe jeder Öffnungszeit des Gebäudes erfahrene Spielerinnen und Spieler herum, die nur zu gerne Auskunft geben oder sich auf ein kleines Spielchen einlassen.

Spekulatiusspekulation

Von Darmbakterien und Tiefkühlcontainern

„Man findet keine Freunde mit Salat“ dachte sich das EHEC-Virus und ließ sich auf dem Grünzeug nieder. Doch damit nicht genug, denn EHEC ist ein Schelm: „Stiften wir doch unter den Deutschen etwas Verwirrung“. Deutsche hassen bekanntlich Unordnung. Nach einigen Darminfektionen mit Abstechern auf der Intensivstation war das Werk vollbracht. Die Deutschen machten sich vor Angst in die Hose. Schuld daran waren spanische Gurken. War ja klar. Zuerst rettet man „die da unten“ vor dem Staatsbankrott und als Gegenleistung erhält man aggressive Darmbakterien. Die Gurken blieben im Supermarkt liegen. Doch EHEC ist gerissen, lässt es sich doch nicht von ein paar langweiligen Statistikern aufspüren. Viel lieber suchte es sich ein neues Opfer. Dieses fand sich in Norddeutschland, genauer gesagt in Lübeck. Im schmucken Hansestädtchen hatte sich EHEC schon ein anderes armes Würstchen ausgespäht. „All you can eat“ prangt im Fenster eines Restaurants. „Toll“, dachte sich EHEC „das kann sich doch nicht rentieren!“ und huschte ins

warme Innere. In den Tiefen des Darms fühlte es sich pudelwohl und schritt zu Werk. Zur Erholung entspannt sich EHEC auf der Intensivstation. Die Gurkenpreise befanden sich im freien Fall. „Nun“, dachte sich der nimmermüde Rohstoffspekulant „ich rieche ein Geschäft“. Wer kann schon bei einem Gurkenpreis von 25 Cent das Stück nein sagen? Fix wurden 800 Tiefkühlcontainer Gurken gekauft und machten sich auf die weite Reise nach Brasilien. „Au fein“, dachten sich die Gurken „ab in den Süden“. Inzwischen auf einer Pressekonferenz in Hamburg. Ein verschwitzter und übernächtiger Arzt lud zur Pressekonferenz. „Haben sie die Ursache für die Durchfallerkrankungen gefunden?“ insistierten die Journalle. Tatsächlich wusste man inzwischen, dass nicht rohes Gemüse die Ursache des Übels war. An der Gurkenbörse stiegen die Preise. Ein erleichtertes Raunen ging durch die Veganergemeinde. Endlich wieder Tomaten, Gurken und Salat. Doch was ist das? „Wo sind all die schönen Gurken hin?“ Die Supermarktregale waren wie leergefegt, nur noch Steckrüben

der Sorte „Barabbas“ waren in Hülle und Fülle vorhanden. Barabbas aber war ein Straßenräuber. Doch dann die freudige Stimme „Wollt ihr wieder Gurken essen?“ rief ein Großinvestor aus Frankfurt. „Ja“, riefen die Deutschen „wir wollen Gurken!“. Die Gurkenpreise explodierten. „Dann gebe ich euch Gurken. Frische Gurken aus Brasilien“. Das Schiff mit den Tiefkühlcontainern voller Gurken kehrte um. Eine große Menschenmenge erwartete das Gurkenschiff am Lübecker Kai. Aus gegebenem Anlass hatte ein abgehalfteter alter Komponist die Gurkensymphonie für die Vuvuzela in d-Dur komponiert. Mittlerweile hatte sich der Gurkenspekulant eine goldene Nase mit Gurkenspekulationen verdient. „Und im Winter spekuliere ich auf Spekulatus!“ brüllte er gegen die Vuvuzelas an. So begann sein unaufhaltsamer Aufstieg. Aus dem kleinen Gurkenbaron wurde ein mächtiger und angsteinflößender Spekulatusbaron. Und wenn er nicht gestorben ist, dann spekuliert er noch heute.

Uwe Ehrhardt

Rätsel

Rätsel

Rätsel

In diesem Buchstabengitter verstecken sich 20 Sportarten (horizontal von links nach rechts und senkrecht von oben nach unten. Nicht aber von rechts nach links und schon gar nicht nicht von unten nach oben! Ausschneiden und Puzzeln erst recht nicht). Ein kleiner Tipp: „Fußball“ versteckt sich nicht im Buchstabengitter. Glaubt ihr die Lösung zu kennen, so eilt geschwind an den nächsten Computer und schickt uns eine Mail mit den Lösungen an presse@u-asta.uni-freiburg.de. Der Einsendeschluss ist der 16. Juni. Als Gewinn winkt ein sommerlicher Preis. Wir wünschen euch viel Erfolg beim Raten.

B	O	C	A	S	T	I	N	G	D	I	T	F
W	C	R	I	C	K	E	T	O	U	C	H	A
E	I	S	K	H	O	V	L	L	A	A	O	Z
I	N	D	I	A	C	A	U	F	T	M	S	H
T	R	U	D	K	A	N	I	N	H	O	P	U
S	C	H	O	O	F	T	S	K	L	G	O	R
P	E	T	A	N	Q	U	E	R	O	I	V	L
R	S	K	A	T	E	R	E	N	N	E	N	I
U	F	R	E	I	K	L	E	T	T	E	R	N
N	A	W	B	O	U	L	D	E	R	N	T	G
G	E	H	E	N	B	R	U	S	I	L	M	J
I	M	O	C	U	B	B	I	E	S	Z	E	R

Must-go's!

Do, 09.06., 18 Uhr, HS 1015: Inforveranstaltung „Tipps und Tricks fürs Lehramts-Referendariat“.

Do, 09.06., 18:00 Uhr, KG I Aula: Gegenwart und Vergangenheit in Deutschland und Großbritannien. Vortrag von Ian Kershaw (Sheffield).

Do, 09.06., 20:30 Uhr, MensaBar: Länderabend Japan.

Fr, 10.06., 19 Uhr, HS 2006: Der aka-Filmclub präsentiert „Carlos – Der Schakal“.

Di, 21.06., 20 Uhr, HS 2006: Der aka-Filmclub präsentiert „Good Food – Bad Food. Anleitung für eine bessere Landwirtschaft.“

Mi, 22.06., 20:30 Uhr, MensaBar: Slam Supreme.

Sa, 02.07., 11:00 Uhr, Sternwaldwiese: Histokubb.

Impressum

u-Bote #818, 09.06.2011 (37. Jahrgang), 16 Seiten, Auflage: 1000 Stück.

Druck: Druckwerkstatt im Grün

Redaktion und Layout: Rose Simon (V.i.S.d.P.)

Uwe Ehrhardt (stud.live), Carl-Leo von Hohenenthal, Henning Lautenschläger, Kerstin Stucky, Anne Bickel, Marieke Reiffs, Rebekka Bohrer, Florian Unterfrauner, Carolin Born, Judith Hantel, Johannes Waldschütz

V.i.S.d.P. für we are u: David Koch, c/o AStA Uni Freiburg.

Kontakt: u-Bote, c/o AStA, Belfortstr. 24, 79085 Freiburg; Fon (0761) 203-2035; Fax (0761) 203-2034; presse@u-asta.de

Der u-Bote ist das offizielle Organ des unabhängigen allgemeinen Studierendenausschusses (u-asta) der Uni Freiburg. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion/des u-asta wieder. Die Redaktion behält sich bei allen Manuskripten das Kürzen und den Zeitpunkt der Veröffentlichung vor.

Service & Termine

AStA (Studierendenhaus) Belfortstr.24 **mehr Infos: www.u-asta.de**

u-asta-Service (Telefon 203-2032, Fax -2034) – www.u-asta.de/service

Sekretariat info@u-asta.de

Wochentäglich 11-14 Uhr

Laura Maylein, Daniel Hausen, Jonathan Nowak

Hier kann mensch sich zur Rechtsberatung anmelden und erhält auch so manchen Tipp. Außerdem kann mensch so einiges erstehen (z.B. Schwimmbadkarten, ISICs, Büromaterial, Fair-trade-Kaffee...)

Job-, Arbeitsrechts- und Praktikumsberatung: hib@u-asta.de

Mo, 12-14 Uhr

Jens Rieger

BAföG-Beratung: bafoeg-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Maria Seitz

AStA-Rechtsberatung:

Mi, 14-16 Uhr

Bitte in der vorhergehenden Woche im Sekretariat anmelden!

Studiengebührenberatung: gebuehrenberatung@u-asta.de

Do, 13-15 Uhr; Fr 13-15 Uhr

Laura Zimmermann, Ling Liu

Psychologische Beratung: psychologische-beratung@u-asta.de

nach Vereinbarung

Maria Richter

Konferenzen (Hieran kann jedeR Studierende teilnehmen und ist antrags- und redeberechtigt!) – www.u-asta.de/struktur

konf (Konferenz der u-asta Referate): vorstand@u-asta.de

Mi, 10 Uhr

FSK (Fachschaftskonferenz): fsk@u-asta.de

Di, 18 Uhr

Vorstand: Vincent Heckmann, David Koch, Thomas Seyfried – vorstand@u-asta.de

Referate (JedeR Studierende ist aufgerufen, sich in den Referaten zu beteiligen!) – www.u-asta.de/engagement/referate

Antifa-Referat: antifa@u-asta.de

nach Vereinbarung

Außenreferat: Laura Maylein – aussen@u-asta.de

nach Vereinbarung

Finanz-Referat: Paul J. Bauche – finanz@u-asta.de

Mi, 14 Uhr

FSK-Referat: Teresa Schliemann – fsk@u-asta.de

Di, 18 Uhr

Gender-Referat: N.N. – frauen@u-asta.de

Mi, 17.30 Uhr

Hochschulpolitik: N.N. – hochschulpolitik@u-asta.de

Mo, 14 Uhr

Kultur-Referat: Tatjana Kulow – kultur@u-asta.uni-freiburg.de

Fr, 16 Uhr

Lehramt-Referat: Franziska Eickhoff – lehramt@u-asta.de

Do, 14 Uhr

Presse-Referat (u-Bote): Rose Simon – presse@u-asta.de

Do, 14 Uhr

PR-Referat: Jonathan Nowak – pr@u-asta.de

nach Vereinbarung

Schwulesbi-Referat: N.N. – schwulesbi@u-asta.de

Mo, 19:15 Uhr

Umweltreferat: Tania Strützel – umwelt@u-asta.de

Mo, 17 Uhr

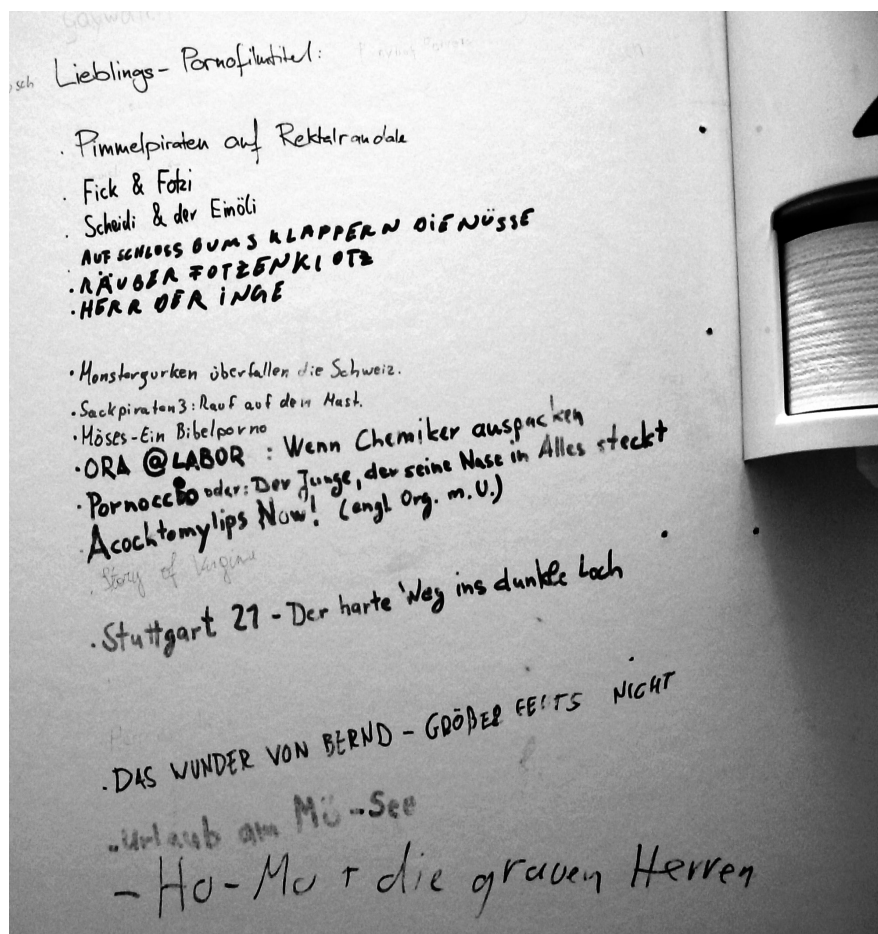
Studienreformkritik: Gerolf Hanke – srk@u-asta.de

jeden 2. und 4. Do, 18 Uhr

Studieren ohne Hürden: Michaela Kusal, Andreas Hanka – soh@u-asta.de

jeden 1. und 3. Do, 17 Uhr

Schnappschuss



Wer viel lernt braucht Entspannung. Was eignet sich da besser als ein Gang aufs stille Örtchen? Kenner der UB 1 sprechen nur ehrfurchtsvoll von „der Kabine“. „Die Kabine“ ist nicht einfach nur ein Klo, sondern auch ein sozialer Ort. Generationen von Nutzern haben ihre wertvolle WC-Zeit darin investiert, „die Kabine“ mit mehr oder weniger intelligenten Sprüchen und Bildern zu verzieren – Pénisse, Fußballspieler und der obligatorische Hitler gehören dazu. Aus diesem Grund ist „die Kabine“ ein Ort des Glücks und der Kurzweil. Sie bereitet den Nutzern Vergnügen und entspannte Minuten. Am meisten Freude bereitet es, der Liste „Lieblings-Pornofilmtitel“ beim Wachsen zuzusehen.

Leider versteht beim Thema Porno nicht jeder soviel Spaß. So mancher Cineast sieht sich genötigt seine wertvolle Filmsammlung wieder zu veräußern. Wer schnell zuschlägt, dem gelingt ab und zu das eine oder andere Schnäppchen. Aufmerksame Leser des Schwarzen Brettes im Chemiehochhaus hatten die Chance auf ein einmaliges Angebot. 28 Filme für eine pornöse Kiste Bier. Ein Angebot, dass nun wirklich niemand ablehnen kann. Bleibt nur die Frage: „DVD oder VHS?“

